

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Ziekow

6. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-79928-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Ziekow
Öffentliches Wirtschaftsrecht

The logo for beck-shop.de features three red circles of varying sizes arranged in a slight arc above the text.
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Jan Ziekow

o. Professor an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

6., neu bearbeitete Auflage, 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Ziekow ÖffWirtschaftsR § 1 Rn. 1


beck.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 79928 0

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 79929 7

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die Neuauflage ist auf den neuesten Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur von Herbst 2023 gebracht und in einigen Passagen neu bearbeitet worden. Die hohe Dynamik der behandelten Fragestellungen hat dies erforderlich gemacht.

Beibehalten wurde das sehr freundlich aufgenommene Konzept des Buches, das ich im Vorwort zur 1. Auflage wie folgt beschrieben habe:

Das Verhältnis von Wirtschaft und Staat ist seit Jahrhunderten eine der zentralen Gestaltungsaufgaben der jeweiligen politischen Ordnung. Mit unterschiedlicher Intensität und verschiedenen Instrumenten der Einwirkung versucht der Staat, die nach seinem politischen Vorverständnis optimale Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sicherzustellen. Wandlungen des Staatsverständnisses in den zurückliegenden Jahren haben dazu geführt, dass zentrale Bereiche wirtschaftsbezogener staatlicher Regelungen neu justiert wurden. Der Einfluss des internationalen Wirtschaftsrechts und des EU-Rechts hat ein Übriges dazu beigetragen, dass sich das Öffentliche Wirtschaftsrecht zu einem der dynamischsten Referenzgebiete des Verwaltungsrechts entwickelt hat.

Entsprechend größer ist die Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts in der Praxis geworden, und die juristische Ausbildung wird nicht umhinkommen, dem Rechnung zu tragen. Geschrieben ist das Buch in erster Linie für Studierende der Rechtswissenschaft – auch der wirtschaftsrechtlichen Studiengänge an Fachhochschulen. Es eignet sich aber ebenfalls zur Wiederholung und zielgerichteten Information für Referendarinnen und Referendare sowie in der Praxis tätige Personen. Studierende anderer Disziplinen, insbesondere der Volks- oder Betriebswirtschaft, mögen von der Darstellung ebenfalls profitieren können.

Konzeptionell ist der Band als Lernbuch angelegt. An dieser Vorgabe sind Stoffauswahl, Aufbau der Darstellung und Auswahl der Rechtsprechungs- und Schrifttumsnachweise orientiert. Durch den Stoff der einzelnen Kapitel führen jeweils vorangestellte Fälle, die darüber hinaus am Schluss jedes Kapitels in einer Lösungsskizze zusammenfassend gegliedert werden. Zusätzliche Prüfungsübersichten sollen es erleichtern, das erarbeitete Wissen in Übungs- und Prüfungsarbeiten erfolgreich einbringen zu können. In Anbetracht der nicht selten aufgegebenen Beurteilung der Erfolgsaussichten eines Rechtsbehelfs sind durchweg Überlegungen zu den Rechtsschutzaspekten der jeweiligen Materie aufgenommen worden.

Ohne die wertvolle Unterstützung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte auch die 6. Auflage nicht erscheinen können. Meine wissenschaftliche Mitarbeiterin, Frau Clara Bülow, hat mich bei der Aktualisierung von Nachweisen unterstützt. Das Manuskript ist von meiner Sekretärin, Frau Martina Diaz-Carreno, betreut worden. Für Fehler bleibe ich selbstverständlich allein verantwortlich. Kritik und Anregungen sind ausdrücklich erbeten und erreichen mich unter ziekow@uni-speyer.de.

Speyer, im Dezember 2023

Jan Ziekow

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII
Materialien für das Studium des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	XXIX
§ 1. Studienrelevanz des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	1
1. Abschnitt. Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft	3
§ 2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft	3
§ 3. Die Ordnung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	8
§ 4. Organisation der Wirtschaftsverwaltung	49
2. Abschnitt. Staatliche Einflussnahmen auf wirtschaftliches Handeln	64
§ 5. Einwirkungsformen und -instrumente	64
§ 6. Subventions- und Beihilfenrecht	73
3. Abschnitt. Der Staat im Markt	127
§ 7. Öffentliches Unternehmens- und Wettbewerbsrecht	127
§ 8. Privatisierungsrecht	152
§ 9. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge	161
4. Abschnitt. Bereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit primär ordnungsrechtlicher Zielsetzung	205
§ 10. Gewerberecht	205
§ 11. Handwerksrecht	242
§ 12. Gaststättenrecht	261
5. Abschnitt. Regulierung von Infrastrukturen	279
§ 13. Grundgedanken und Strukturen eines Regulierungsrechts	279
§ 14. Telekommunikation	286
§ 15. Energiewirtschaft	305
Sachverzeichnis	317

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII
Materialien für das Studium des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	XXIX

§ 1. Studienrelevanz des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 1

1. Abschnitt. Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft 3

§ 2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft .. 3

- I. Die Bedeutung historischer Entwicklungslinien 3
- II. Vom Spätmittelalter bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts 3
 - 1. Wirtschaft und Obrigkeit im Spätmittelalter 3
 - 2. Die Wirtschaftspolitik der Territorialstaaten 4
- III. Von der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen bis zum Ende des Nationalsozialismus 5
 - 1. Die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts 5
 - 2. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich 6

§ 3. Die Ordnung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 8

- I. Begriff und Gegenstände des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 8
- II. Öffentliches und privates Wirtschaftsrecht 10
- III. Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik 10
- IV. Wirtschaftsverfassungsrecht 11
 - 1. Die sog. Wirtschaftsverfassung 11
 - 2. Zuständigkeitsverteilung 12
 - 3. Grundrechtsschutz wirtschaftlicher Tätigkeit 13
 - a) Berufsfreiheit 14
 - b) Eigentumsgewährleistung 20
 - c) Weitere Grundrechte 23
- V. Europäisches Wirtschaftsrecht 24
 - 1. Grundlagen 24
 - 2. Grundfreiheiten 26
 - a) Verbot und Rechtfertigung von unmittelbaren Diskriminierungen 27
 - b) Verbot und Rechtfertigung von mittelbaren Diskriminierungen und sonstigen Beschränkungen 28
 - c) Die einzelnen Grundfreiheiten 32
 - aa) Freiheit des Warenverkehrs 32
 - bb) Arbeitnehmerfreizügigkeit 37
 - cc) Niederlassungsrecht 37
 - dd) Dienstleistungsfreiheit 41
 - ee) Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs 47

§ 4. Organisation der Wirtschaftsverwaltung	49
I. Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung	49
II. Staatliche Wirtschaftsverwaltung	51
III. Selbstverwaltung der Wirtschaft	52
1. Erscheinungsformen und Aufgaben	53
2. Organisation	56
3. Pflichtmitgliedschaft	56
4. Rechtsschutz bei Aufgabenüberschreitungen	59
IV. Beteiligung Privater an der Wirtschaftsverwaltung	61
1. Beleihung	61
2. Verwaltungshelfer und Erfüllungsgehilfen der Behörde	62
3. Weitere Formen	62
2. Abschnitt. Staatliche Einflussnahmen auf wirtschaftliches Handeln	64
§ 5. Einwirkungsformen und -instrumente	64
I. Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsförderung	64
II. Wirtschaftsaufsicht	65
III. Instrumente der Einzeleinwirkung	66
1. Rechtsförmliches Handeln	66
a) Anzeige- und Genehmigungspflicht	66
b) Begleitende Überwachung	68
c) Anordnungen und Untersagungen	70
d) Vertragliches Handeln	71
2. Informales Handeln	71
3. Überwachungsbezogene Pflichten von Unternehmen	72
§ 6. Subventions- und Beihilfenrecht	73
I. Begriff, Ziele und Formen von Subventionen und Beihilfen	74
1. Verwendete Begrifflichkeiten	74
2. Das Subventionsverhältnis	75
II. Zulässigkeit der Subventionsgewährung	77
1. Nationales Recht	77
2. Die Zulässigkeit von Beihilfen nach Europarecht	79
a) Der Begriff der Beihilfe	80
aa) Staatliche Maßnahme oder Maßnahme unter Inanspruchnahme staatlicher Mittel	81
bb) Gewährung eines Vorteils an den Begünstigten	83
cc) Selektivität der Maßnahme	87
dd) Wettbewerbsverfälschung	89
ee) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	89
b) Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt	91
aa) Legalbeihilfen	91
bb) Ermessensbeihilfen	92
c) Verfahren	93
3. Anspruch auf Subventionsgewährung	96

III. Öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Ausgestaltung des Subventionsverhältnisses	97
1. Unterscheidung nach Subventionstypen	97
a) Verschonungssubventionen	97
b) Zahlungssubventionen	97
aa) Auszahlung durch staatliche Stelle	97
bb) Auszahlung im Bankenverfahren	98
c) Realsubventionen	98
d) Darlehenssubventionen	99
e) Gewährleistungssubventionen	100
2. Differenzierung nach Regimeentscheidungen	101
a) Ausschließlich öffentlich-rechtliche Ausgestaltung	101
b) Ausschließlich privatrechtliche Ausgestaltung	101
c) Kombiniert öffentlich-rechtliche/privatrechtliche Ausgestaltung	102
IV. Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses	103
1. Die Rückabwicklung nach nationalem Recht	103
a) Beseitigung der Grundlage der Subventionsgewährung	104
aa) Subventionsentscheidung durch Verwaltungsakt	104
bb) Subventionsentscheidung durch Vertrag	107
b) Rückforderung der gewährten Subvention	107
aa) Rückforderung in einstufigen Subventionsverhältnissen	107
bb) Rückforderung in zweistufigen Subventionsverhältnissen	109
2. Besonderheiten bei der Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen	109
a) Der Rückforderungsbeschluss der Kommission	111
b) Rückforderung der Beihilfe durch den Mitgliedstaat	112
aa) Rücknahme von rechtswidrigen Beihilfebescheiden	113
bb) Rückabwicklung bei vertraglich gewährten Beihilfen	115
cc) Die Bedeutung von Schwierigkeiten bei der Rückforderung	116
V. Rechtsschutz	117
1. Rechtsschutz des von einer Subvention oder Beihilfe begünstigten Unternehmens	117
a) Streitigkeiten bei der Durchführung des Subventionsverhältnisses	117
b) Rechtsschutz gegen die Rückabwicklung	118
aa) Grundsätze	118
bb) Beihilfenrechtliche Besonderheiten	118
2. Rechtsschutz eines am Erhalt einer Subvention bzw. Beihilfe interessierten Unternehmens	120
3. Rechtsschutz bei Förderung eines konkurrierenden Unternehmens	120
a) Negative Konkurrentenklage	120
b) Konkurrentenrechtsschutz im Beihilfenrecht	121

3. Abschnitt. Der Staat im Markt	127
§ 7. Öffentliches Unternehmens- und Wettbewerbsrecht	127
I. Formen staatlicher Wettbewerbsteilnahme	127
1. Zum Begriff „Öffentliche Unternehmen“	127
a) Unionsrechtliches Begriffsverständnis	127
b) Begriffsverständnis im deutschen Recht	128
2. Organisationsformen öffentlicher Unternehmen	130
a) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	130
aa) Eigenbetrieb	130
bb) Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	130
cc) Zweckverband	131
b) Privatrechtliche Organisationsformen	131
aa) GmbH und AG	131
bb) Sonstige	133
II. Regelungsrahmen	133
1. Unionsrechtliche Vorgaben	133
a) Grundfreiheiten	133
b) Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen (Art. 106 AEUV)	134
aa) Allgemeine Wettbewerbsregel (Art. 106 I AEUV)	134
bb) Ausnahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Art. 106 II AEUV)	134
2. Verfassungsrecht	136
a) Grundsätzliche Zulässigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates?	136
b) Insbesondere: Bedeutung der Grundrechte	137
3. Haushaltsrecht	139
4. Wettbewerbsrecht	140
III. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden	140
1. Art. 28 II GG als Legitimationsgrundlage wirtschaftlicher Betätigung	140
2. Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in sachlicher Hinsicht	141
a) Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung im Allgemeinen	142
aa) Zum Begriff „wirtschaftliche Betätigung“	142
bb) Schrankentrias	143
cc) Genehmigungs- und Anzeigepflichten	144
b) Zulässigkeit der Führung von Unternehmen in Privatrechtsform	144
3. Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in räumlicher Hinsicht	145
IV. Rechtsschutzfragen	147
1. Rechtsprechung vor 2002: Wettbewerbsrechtlicher Schutz gegen Marktzutritt der öffentlichen Hand	148
a) Verwaltungsgerichte: Kein öffentlich-rechtlicher Abwehrenspruch	148
b) Zivilgerichte: Konkurrentenschutz über § 3 UWG	148

2. Rechtsprechung ab 2002: Öffentlich-rechtliche statt wettbewerbsrechtliche Abwehransprüche	149
a) BGH: Verstoß gegen Schrankentrias kein unlauterer Wettbewerb	149
b) Folge: Verwaltungsgerichtlicher Konkurrentenschutz	149
§ 8. Privatisierungsrecht	152
I. Begriff und Formen der Privatisierung	152
1. Zum Begriff „Privatisierung“	152
2. Formen der Privatisierung	153
a) Formelle Privatisierung	153
b) Funktionale Privatisierung	154
aa) Begriff	154
bb) Insbesondere: Public Private Partnership (PPP)	154
c) Materielle Privatisierung	156
II. Rechtliche Rahmenbedingungen für Privatisierungen	156
1. Staatliche Kernaufgaben und Eingriffsverwaltung	156
2. Leistungsverwaltung	157
a) Verfassungsrechtliche Bindungen	158
b) Einfachgesetzliche Bindungen	160
3. Annexaufgaben	160
§ 9. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge	161
I. Begriff und Zielrichtung	161
II. Anwendbares Recht	162
1. Für alle Beschaffungsvorgänge geltendes Recht	163
2. Vergaben ab Erreichen der Schwellenwerte	165
a) Europäisches Vergaberecht	165
b) Nationales Vergaberecht	166
c) Wesentliche Weichenstellungen	167
aa) Abgrenzung öffentlicher Auftrag/Konzession	167
bb) Abgrenzung Bauauftrag/Liefer- oder Dienstleistungsauftrag	169
3. Vergaben unterhalb der Schwellenwerte	169
III. Der sachliche Anwendungsbereich des Vergaberechts	170
1. Der Begriff des öffentlichen Auftrags	170
2. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich des Vergaberechts	174
a) Systematik der öffentlich-öffentlichen Kooperationen	175
b) Das Inhouse-Geschäft	175
aa) Wesen	175
bb) Voraussetzungen	176
c) Die sog. Instate-Geschäfte	179
3. Public Private Partnership und Vergaberecht	180
IV. Der persönliche Anwendungsbereich des Vergaberechts	181
1. Von der institutionellen zur funktionellen Betrachtungsweise	181
2. Der Auftraggeberbegriff ab Erreichen der Schwellenwerte	181

a)	Institutionelle Auftraggeber	181
b)	Funktionale Auftraggeber	182
aa)	Juristische Person	182
bb)	Im Allgemeininteresse liegende Aufgaben	182
cc)	Nichtgewerblicher Art	183
dd)	Besonderer Gründungszweck	185
ee)	Besondere Staatsnähe	185
3.	Der Auftraggeberbegriff unterhalb der Schwellenwerte	186
4.	Der funktionale Unternehmensbegriff	186
V.	Grundsätze des Vergaberechts	186
1.	Rechtsgrundlagen und Bedeutung im Vergaberecht	186
2.	Allgemeine Strukturprinzipien (§ 97 I und II GWB)	187
a)	Wettbewerbsprinzip	187
b)	Gleichbehandlungs- und Transparenzgebot	187
3.	Förderung des Mittelstands	187
4.	Die Auswahl von Angeboten	188
a)	Bieterbezogene Auswahlkriterien (§§ 122ff. GWB)	188
b)	Angebotsbezogene Auswahlkriterien: Wirtschaftlichstes Angebot (§ 127 GWB)	189
c)	Ausführungsbedingungen (§§ 128f. GWB)	190
5.	Die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Gesichtspunkte	190
VI.	Das Vergabeverfahren	192
1.	Verfahrensarten	192
a)	Verfahrensarten ab Erreichen der Schwellenwerte	192
b)	Verfahrensarten unterhalb der Schwellenwerte	193
c)	Bestimmung der richtigen Verfahrensart im Einzelfall	193
2.	Überblick über den Verfahrensablauf	193
a)	Offenes Verfahren/Öffentliche Ausschreibung	194
aa)	Publizitätsphase	195
bb)	Angebotsphase	195
cc)	Prüfungs- und Wertungsphase	196
dd)	Zuschlagsphase	196
b)	Nichtoffenes Verfahren/Beschränkte Ausschreibung	197
c)	Verhandlungsverfahren/Freihändige Vergabe/ Verhandlungsvergabe	197
VII.	Fehlerfolgen	197
1.	Die Regelung der §§ 134, 135 I Nr. 1 GWB	198
2.	Die Unwirksamkeit von „De-facto-Vergaben“ nach § 135 I Nr. 2 GWB	198
3.	Kündigung nach § 133 I Nr. 3 GWB und sonstige Fehlerfolgen	199
VIII.	Rechtsschutz	199
1.	Rechtsschutz ab Erreichen der Schwellenwerte	199
a)	Primärrechtsschutz: Das Nachprüfungsverfahren	199
aa)	Zulässigkeit	200
bb)	Verfahren und Entscheidung	201
cc)	Rechtsmittel	202
b)	Sekundärrechtsschutz	202
2.	Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	202

4. Abschnitt. Bereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit primär ordnungsrechtlicher Zielsetzung 205

§ 10. Gewerberecht 205

- I. Zielsetzung und Anwendungsbereich der Gewerbeordnung 205
- II. Begriff des Gewerbes 206
 - 1. Funktion 207
 - 2. Gewerbsmäßigkeit 207
 - a) Erlaubte und nicht sozial unwertige Tätigkeit 207
 - b) Gewinnerzielungsabsicht 208
 - c) Betätigung auf Dauer 209
 - d) Selbständigkeit 209
 - 3. Gewerbefähigkeit 210
 - a) Urproduktion 210
 - b) Freie Berufe 211
 - c) Verwaltung eigenen Vermögens 212
- III. Für die einzelnen Gewerbearten geltende Anforderungen 213
 - 1. Grundsatz der Gewerbefreiheit 213
 - 2. Stehendes Gewerbe 215
 - a) Anzeigepflicht 215
 - b) Besondere Genehmigungsbedürftigkeit 216
 - aa) Wirkung und Aufhebung der Genehmigung 217
 - bb) Gewerbeüberwachung und Folgen fehlender Genehmigung 218
 - c) Untersagung wegen Unzuverlässigkeit 219
 - aa) Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit 220
 - bb) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich des § 35 GewO 223
 - cc) Maßnahmen bei Unzuverlässigkeit 226
 - dd) Rechtsschutzfragen 227
 - 3. Reisegewerbe 229
 - 4. Marktgewerbe 231
 - a) Veranstaltungstypen 232
 - b) Beteiligte des Marktrechtsverhältnisses 233
 - c) Festsetzung der Veranstaltung 234
 - d) Wirkungen der Festsetzung 235
 - aa) Teilnahmeanspruch 236
 - bb) Auswahlkriterien bei Teilnahmebeschränkungen 237
 - e) Veranstaltung als kommunale Einrichtung 240

§ 11. Handwerksrecht 242

- I. Regelungsgrundsätze 243
 - 1. Zielsetzung 243
 - 2. Verfassungsrechtliche Fragen 243
 - a) Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG 243
 - b) Vereinbarkeit mit Art. 3 I GG 244
 - 3. Unionsrechtliche Vorgaben 246

II.	Der Begriff des Handwerks	247
1.	Selbständiger Betrieb eines stehenden Gewerbes	247
2.	Handwerksfähigkeit	248
3.	Handwerksmäßigkeit	249
4.	Betriebsformen	250
5.	Zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe	251
III.	Voraussetzungen der Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks	252
1.	Eintragung in die Handwerksrolle	252
a)	Meisterprüfung	253
b)	Ausnahmebewilligung nach § 8 HandwO	253
c)	Eintragung in Fällen mit Unionsrechtsbezug	255
d)	Ausübungsberechtigung	255
2.	Eintragungsunabhängige Ausübung von Tätigkeiten	255
IV.	Eintragung, Löschung, Überwachung und Untersagung	256
1.	Eintragung und Löschung in der Handwerksrolle	256
a)	Eintragung	256
b)	Löschung	256
2.	Überwachung und Untersagung	257
a)	Überwachung	257
b)	Untersagung	258
V.	Berufsbildung im Handwerk	259
VI.	Organisation des Handwerks	260
§ 12.	Gaststättenrecht	261
I.	Struktur und Regelungsziele des Gaststättenrechts	262
II.	Begriff des Gaststättengewerbes	263
1.	Gewerbebetrieb	263
2.	Zulässiger Bewirtungstyp	264
3.	Zugänglichkeit	264
III.	Gaststättenerlaubnis	265
1.	Erlaubnispflicht	266
2.	Voraussetzungen der Erlaubniserteilung	266
a)	Persönliche Versagungsgründe	266
b)	Sachliche Versagungsgründe	268
aa)	Innerbetriebliche Gestaltung	268
bb)	Widerspruch zu öffentlichem Interesse	269
c)	Rechtsschutz	271
3.	Inhalt der Erlaubnis	273
4.	Auflagen	273
5.	Rücknahme und Widerruf	274
IV.	Betriebsbezogene Regelungen	275
1.	Überwachung durch die Behörden	275
2.	Sperrzeitregelungen	275

5. Abschnitt. Regulierung von Infrastrukturen	279
§ 13. Grundgedanken und Strukturen eines Regulierungsrechts	279
I. Die Diskussion um ein Regulierungsrecht	279
II. Zum Begriff der Regulierung	279
III. Der Regulierungsgedanke im Kontext gewährleistungsstaatlichen Denkens	281
IV. Strukturen einer Regulierungsverwaltung	282
1. Behördenorganisation	282
2. Instrumente und Verfahren	284
§ 14. Telekommunikation	286
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	286
1. Zum Begriff „Telekommunikation“	286
a) Telekommunikation als technischer Vorgang der Signalübermittlung	286
b) Abgrenzung zu den übermittelten Inhalten	287
2. Wesentliche Rechtsquellen des Telekommunikationsrechts	287
II. Meldepflichten, Frequenzvergabe und Nummernverwaltung	288
1. Meldepflichten der Netzbetreiber und Diensteanbieter	288
2. Frequenzvergabe und Nummernverwaltung durch die BNetzA	289
III. Regulierung der Telekommunikationsmärkte	290
1. Übersicht über die Verpflichtungen des Regulierungsrechts	290
2. Allgemeine Verfahrensvorschriften zur Marktregulierung	291
a) Übersicht über das Regulierungsverfahren	291
b) Marktdefinition	293
aa) Entscheidungskriterien	293
bb) Verfahrensbeteiligungen	294
c) Marktanalyse	295
aa) Entscheidungskriterien	295
bb) Verfahrensbeteiligungen	296
d) Regulierungsverfügung	296
3. Regulierung des Zugangs zu Infrastruktur und Dienstleistungen	298
a) Gesetzliche Angebotspflicht aller Netzbetreiber	298
b) Marktmachtunabhängige Zugangsverpflichtungen	298
c) Marktmachtabhängige Zugangsverpflichtungen	298
aa) Regulierungsverfügungen gemäß § 26 TKG	298
bb) Begleitende Verpflichtungen gem. §§ 24, 25, 26, 29, 30 TKG	299
d) Anordnung des Zugangs bei unterbliebener Zugangsvereinbarung	300
4. Regulierung der Entgelte für Zugang und Dienstleistungen	301
5. Besondere Missbrauchsaufsicht	302
IV. Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	303

§ 15. Energiewirtschaft	305
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	305
1. Energiewirtschaft im weiteren Sinne	305
2. Energiewirtschaft im engeren Sinne (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserstoffwirtschaft)	305
3. Wesentliche Rechtsquellen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft	306
II. Zulassung von Energieversorgern und Energieanlagen	307
1. Zulassung von Energieversorgungsunternehmen	307
a) Aufnahme des Netzbetriebs	307
b) Anzeige der Energiebelieferung von Haushaltskunden	308
2. Zulassung von Energieanlagen	308
III. Regulierung des Betriebs von Energieversorgungsnetzen	309
1. Netzanschluss	309
2. Netzzugang	310
a) Anspruch auf Netzzugang	310
b) Entgelte für den Netzzugang	311
c) Sonderbestimmungen des EEG und KWKG	311
3. Missbrauchsaufsicht und Sanktionen	312
IV. Versorgung der Letztverbraucher	313
1. Grundversorgungspflicht	313
2. Wegenutzung für Leitungsbetrieb	314
Sachverzeichnis	317